Nr. 43. 12. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3172) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Sonntag, den 20. Februar 1898.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu zwei Beilagen und das illustrirte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“.

Der Polizeistaat.

Es wird wohl wenig Leute geben, die noch nicht wissen, daß wir in Deutschland und namentlich in Preußen noch immer im Polizeistaate leben. Die jüngsten Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses waren dazu angethan, diese Nichtwissenden vollkommen zu belehren. Es wurde nämlich das vielberufene Kapitel angeschnitten: „Was anständigen Frauen und Mädchen alles passiren kann!“ und der Herr Minister des Innern nahm Gelegenheit, sich über seine Polizei auszusprechen.

Herr von der Recke möchte gerne die Erscheinung des „schneidigen“ Staatsmannes machen. Wir geben ihm zu, daß sein energischer Ton und auch sein stattlicher Bart empfänglichen Gemüthern — zu denen wir in diesem Falle nicht gehören — imponiren können. Gar nicht imponiren aber können die Gedanken, die er ausspricht, nicht uns, nicht einmal den Nationalliberalen und den Konservativen.

Herr von der Recke glaubte nach dem Grundsatze zu handeln, daß der Hieb die beste Deckung ist, und er that in seiner Rede, als ob weniger die Polizei, als die Presse sich schuldig gemacht habe. Heftig fuhr er gegen die Presse los, die „eine Saat der Beunruhigung“ in's Land getragen und einen „gemeingefährlichen Unfug“ verübt habe. Noch nie sei die öffentliche Meinung so unnöthig erregt worden.

Dieser Hieb geht natürlich in die Luft, denn Niemand wird sich der Wahrheit verschließen können, daß die Presse in all diesen Fällen nur ihre Pflicht gethan hat. Der Herr Minister fand Widerspruch bei den Nationalliberalen und sogar bei den Konservativen. Das kommt daher, daß die polizeilichen „Mißverständnisse“ sich nicht nur auf Leute aus dem Volke, sondern auch auf Leute aus den „oberen Zehntausend“ erstrecken.

Was wäre denn eigentlich die Aufgabe der Presse nach der Auffassung dieser Staatsmänner? Alles, was die hohe Obrigkeit thut, von vornherein für weise und unfehlbar zu halten und demgemäß zu preisen. Mit einem Worte: Die Presse müsse polizeifromm sein, um die Anerkennung dieser Herren zu gewinnen.

Nun, wir brauchen diese Anerkennung nicht und wollen sie nicht, aber wir freuen uns, ehrlich gesagt, daß der Herr Minister so gesprochen hat. Denn der gute Deutsche, der sich leider so sehr an die Polizei gewöhnt hat, sieht doch nun, wie er mit der Polizei daran ist. Und wenn die Rede des Herrn Ministers das Selbstgefühl des deutschen, resp. preußischen Volkes verwundet hat, so hat ein Geheimrath noch sich alle Mühe gegeben, Salz in die Wunde zu reiben. Man hätte nämlich glauben können, daß jenem armen Mädchen, das in Berlin auf die falsche Anzeige eines boshaften Menschen hin auf die Wache geschleppt, über Nacht in Arrest behalten und am anderen Morgen einer polizeiärztlichen Untersuchung unterworfen worden ist, nunmehr eigentlich genug geschehen sei. Da kennt man aber preußische Geheimräthe schlecht, denn ein solcher brandmarkte die Arme vor voller Oeffentlichkeit mit „gerichtsnotorischen Mittheilungen“.

So ist es recht! Die Deutschen müssen empfinden, wie sie daran sind, und nur auf diesem Wege kann ihnen die Ueberzeugung beigebracht werden, daß der alte Polizeistaat ein Ueberbleibsel aus alten, finsteren Zeiten ist und daß an die Stelle der alten Einrichtungen neue treten müssen, die mit der fortschreitenden Demokratisirung der Gesellschaft sich in Einklang befinden.

Von den „Reformen“ des Herrn von der Recke erwarten wir allerdings gar nichts. „In keinem Staate der Welt ist der Schutz der persönlichen Freiheit so gewährleistet, wie bei uns“, meinte er, und das Angesichts der angeführten Thatsachen, die gar nicht bestritten werden konnten. Damit wird der Standpunkt des Ministers allerdings indiskutabel. Und wenn man ihn die preußische Polizei als die beste des Kontinents preisen hört — nun, was bleibt ihm denn da zu reformiren? Namentlich in Bezug auf die Reform der politischen Polizei erwarten wir gar nichts, wenn auch die „Erwägungen“ noch nicht abgeschlossen sind. Die einzig wirksame Reform der politischen Polizei ist deren Abschaffung.

In einem Fall, wo ein Gensdarm einen Müller wegen dessen sozialdemokratischer Gesinnung aus seiner Stellung hatte drängen wollen, gab man zu, daß hier eingegriffen werden müsse. Und als der Doppelposten vor der Buchhandlung der „Magdeburger Volksstimme“ zur Sprache gebracht wurde, da erwiderte man, das sei aus verkehrspolizeilichen Gründen geschehen!!!

Und mit diesen „Auskünften“ soll sich das deutsche, resp. preußische Volk begnügen?

Das wird es ganz gewiß nicht thun. Es wird sich keineswegs auf den Standpunkt der Konservativen stellen, die sich damit begnügen, daß eine „Reorganisation“ der Polizei in Aussicht gestellt ist. Nein, eine Besserung kann nur dadurch erzielt werden, daß das Volk eine andere Vertretung wählt. Im preußischen Abgeordnetenhause dominiren zur Zeit die Junker, deren Ideal der Büttelstaat ist, und diese würden, selbst wenn die Regierung wirksame Reformen des Polizeiwesens in Angriff nehmen wollte, Alles aufbieten, um dies zu verhindern. Darüber kann nicht der mindeste Zweifel bestehen. Die Volksvertretung kann, wenn sie will, der Polizei den Daumen auf's Auge drücken und braucht sich davon nicht abhalten zu lassen, wenn der Herr Minister des Innern mit schützenden Flügeln über derselben schwebt. Die Volksvertretung muß eine andere Zusammensetzung bekommen; dann wird es auch besser mit der Polizei. Wir wissen wohl, daß das nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Aber nichts kann den Deutschen mehr anstacheln, dahin mit allen Kräften zu wirken, als solche Vorfälle, wie die letzte Debatte im preußischen Landtag.

Als Börne mit bitterem Spott sagte, jeder Deutsche trüge seinen Gensdarmen mit sich in der Brust herum, da hatte er bis zu einem gewissen Grade Recht, und die Zustände zu seiner Zeit waren auch danach. Aber heute blickt man täglich auf das Jahr 1848 zurück. War denn die Volkserhebung jener Zeit nicht in erster Linie gegen die polizeiliche Bevormundung auf geistigem und materiellem Gebiete gerichtet? Damals wurde der Polizei sehr viel von ihrer Gewalt entrissen, allein die Reaktion verlieh derselben wieder eine solche Machtfülle, daß der alte Polizeistaat fast gänzlich wieder hergestellt war. Und heute sehen wir, daß während die Masse nach Brot und Freiheit begehrt, die polizeiliche Macht sich womöglich verstärkt. Sittenpolizei, politische Polizei, Gewerbepolizei — welchen Umfang haben diese Organisationen im Klassenstaat angenommen! Das ist ein Anachronismus; das steht in Widerspruch mit der modernen Entwicklung und wird darum auch auf die Dauer nicht so weiter gehen können.

Daß die Macht der Polizei im Staate noch eine so große ist, dazu trägt allerdings wesentlich ein gewisses Spießbürgerthum bei, das sich den Bestand der Welt nicht denken kann, ohne daß es an jeder Straßenecke die Helmspitze des Schutzmanns blinken sieht. Wie große Staaten, um nur England anzuführen, ohne einen Polizeiapparat nach dem Muster des preußischen zu besitzen, überhaupt bestehen können, das ist solchen Leuten ein vollkommen unlösbares Räthsel. Bei jeder Gelegenheit, wenn ihnen ein Streik unangenehm geworden, wenn ein Tumult stattgefunden, wenn ein Anarchist eine blutrünstige Phrase in die Welt geschleudert, schreien sie nach Vermehrung der Polizei und nach Ausdehnung ihrer Befugnisse. Sie tragen einen großen Theil der Schuld daran, daß es so kommen mußte, wie es eben gekommen ist.

Ueber alle diese überlebten Dinge wird die Zeitentwicklung hinwegschreiten. Wir nähern uns dem Zeitpunkte, der eine völlige Ueberlegenheit der intelligenteren Elemente unserer Bevölkerung in den Städten, in Handel und Industrie über die ländliche und spießbürgerliche Rückständigkeit bringen wird. Haben wir erst das Bleigewicht der letzteren abgeschüttelt, dann treten wir in eine neue Epoche ein, deren erstes Werk es sein wird, dem alten Polizeistaat ernstlich zu Leibe zu gehen.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 18. Februar. Der Reichstag ist jetzt bei dem schwerwiegendsten Kapitel des Reichshaushaltsetats, den Ausgaben für das Reichsheer, angelangt. Bei Titel 1, Gehalt des Kriegsministers, werden in der Regel die allgemeinen Klagen vorgebracht. Fast alljährlich eröffnet der Ultramontane Herr Lingens die Debatte. Dieser fromme Herr ist sehr um die ewige Seligkeit der Soldaten besorgt, und so viel die Heeresleitung sich auch rühren mag, religiös zu sein und den christlichen Geist in der Armee zu pflegen, Herr Lingens bringt alljährlich den Nachweis, daß dem Teufel noch so viel Spielraum gelassen wird, daß er ganze Regimenter zur Hölle abführen kann.

Unser Genosse Bebel brachte einmal wieder das Kapitel der Soldatenmißhandlungen zur Sprache und wies mit Recht darauf hin, daß immer neues Material zu diesem Kapitel zusammengetragen wird, so lange der Willkür der Vorgesetzten ein weiter Spielraum gelassen ist. Alle Mühe der höheren Kommandostellen, hierin Besserung zu schaffen, werden vergeblich sein, so lange die Frivolitätsstrafen für nicht begründet befundene Meldungen und die Allmacht des Vorgesetzten fortbestehen. Die Anforderungen im Dienste können so hoch geschraubt werden, daß jeder davon Betroffene sie als Mißhandlung empfindet, während sie objektiv betrachtet, nur strenge Durchführung des Dienstes sind. Da jeder Soldat mit Flicken, Putzen und ähnlichen Arbeiten, sowie mit einzelnen Dienstübungen, die ihm in Folge natürlicher Anlagen besonders schwer fallen, so gepeinigt werden kann, daß er zur Verzweiflung getrieben wird, unterbleiben auch die Meldungen schwerer Mißhandlungen. Wenn früher bei den Klagen über Mißhandlungen einmal nachgewiesen werden konnte, daß es sich nicht genau so zugetragen habe, wie es dargestellt wurde, dann spielten die Vertreter der Armee die Entrüsteten; nun hat aber bei der Berathung der Militärgerichtsordnung der Generalauditör Ittenbach über den Militärstrafprozeß Dinge vorgetragen, die durchaus nicht den Thatsachen entsprechen. Unser Genosse wies ihm seine Unrichtigkeiten nach, worauf Herr Ittenbach später erwiderte, er habe sie einem amerikanischen Blatte entnommen, habe allerdings vergessen, anzuführen, daß dieses Blatt aus dem Jahre 1871 stamme. Was würden wohl die Herren von der Militärverwaltung sagen, wenn man irgend einen skandalösen Vorfall aus der preußischen Armee anführen und fest darauf bestehen würde, er sei vorgefallen und dann einige Monate später sagen würde: ich habe den Fall angeführt und Alles, was ich gesagt habe, ist wahr, nur habe ich vergessen, die Jahreszahl zu nennen, es war, wie ich zugeben will, vor 25 oder 30 Jahren.

Genosse Bebel brachte an der Hand des schweizerischen Etats den Nachweis, daß einige hundert Millionen jährlich gespart werden könnten, wenn man zum Milizsystem übergehen wolle.

Der Kriegsminister von Goßler findet, daß es Mangel an Muth ist, wenn die Mißhandlungen nicht gemeldet werden. Für dieses Herabgehen der moralischen Qualität, will er die Ausbreitung der Sozialdemokratie verantwortlich machen. Daß es einem als Soldaten erzogenen Menschen schwer fällt, sich einen Begriff vom bürgerlichen Leben zu machen, ist selbstverständlich. Er sieht Alles in bestimmten Rangordnungen abgestuft und hält den Theil der Menschheit, der Generalsabzeichen trägt, für ein Stück höheres Wesen, dem man es überlassen muß, alle Mängel zu beseitigen. Sieht er nun, daß es dieser irdischen Vorsehung nicht gelingt, den Zweck zu erreichen, so greift er nach theologischen Vorbildern, zu dem Auskunftsmittel, daß hier der Teufel sein Spiel treiben müsse! Wie im Kopfe des gläubigen Theologen der Teufel der Inbegriff alles Schlechten ist, so ist es beim Kriegsminister die Sozialdemokratie. Nur so ist es zu verstehen, daß der Herr immer Behauptungen aufstellt, die zu beweisen er nicht den geringsten Versuch macht. Würden die Sozialdemokraten nicht diese eigenartige Geistesverfassung als Entschuldigung gelten lassen, dann könnten sie sich durch derartige Behauptungen beleidigt fühlen und verlangen, der Herr solle wenigstens einmal den Versuch des Beweises machen. Aber so bösartig sind wir nicht. Wir sind in Glaubenssachen tolerant und lassen Jeden in seinem Glauben selig werden. Da der Kriegsminister nun einmal glaubt, daß der böse Feind Sozialdemokratie alles Schlechte schafft, so wollen wir ihm auch diesen Glauben lassen, zumal wir wissen, daß man auf diesem Gebiet Strenggläubigen nicht mit Vernunftgründen beikommen kann.

Unser Genosse Kunert brachte eine Reihe von Klagen über die Behandlung der Arbeiter in den Werkstätten der Armeeverwaltung, sowie über den Sonntagsdienst beim Militär vor. Auch in den Werkstätten herrscht strenge militärische Zucht. Etwaige Klagen sollen nach streng vorgeschriebenem Instanzenzug vorgebracht werden. Ein Verfehlen in der Form wird bestraft. Nun beschäftigt man aber in den Werkstätten weder Juristen, noch professionelle Beschwerdeführer. Oft sind die besten Arbeiter eines Berufszweiges die unbeholfensten Menschen in schriftlich formalen Dingen. Es dürfte auch schwer fallen, im ganzen Deutschen Reiche eine Arbeitsordnung aus Privatbetrieben aufzutreiben, in welcher Strafen auf formell nicht richtig angebrachte Wünsche und Beschwerden gesetzt sind. Also nach dieser Richtung sind die Staatsbetriebe Musterbetriebe. Interessant war die Mittheilung vom Regierungstische, daß bei verschiedenen Kategorien von Arbeitern Maximalgrenzen für Löhne bestehen. Werden Akkordarbeiten ausgegeben, und diese gehören nicht zu den Seltenheiten, dann nützt die größte Geschicklichkeit und der übertriebenste Fleiß nichts, über diese Maximalgrenze darf der Arbeiter nicht hinauskommen. Machen aber die Arbeiter durch Fleiß und Geschicklichkeit die Rechnungen der Kalkulatoren zu Schanden, dann hilft sich die Verwaltung mit Lohnabzügen und zerstört die Hoffnungen der strebsamsten Arbeitsbienen. Dieses Hülfsmittel wirkt so sicher, daß schließlich die Kalkulatoren Recht haben.

Minimalarbeitstag und Maximallohn paßt auch sichtlich besser in das gegenwärtige System, als der auch von konservativen Sozialpolitikern, wie Rodbertus, angestrebte Minimallohn und Maximalarbeitstag. Einst träumten die Konservativen von einem sozialen Königthum. Die Praxis hat diese Träume gründlicher zerstört, als die schärfsten Kritiker und größten Pessimisten es konnten. Hier wird selbst gegen den banalsten Grundsatz der Manchestermänner gesündigt, denn daß auch hier dem freien Spiel der Kräfte Schranken gesetzt werden sollen, wird auch vom verbohrtesten Bourgeois nicht gebilligt, da sie dem Arbeiter immer sagen, er könne durch Fleiß und Geschicklichkeit ein Vermögen erwerben. Dieser Grundsatz wird in den „Musterwerkstätten“ des Reiches aber in das direkte Gegentheil verkehrt.

Auf die Auflösung des Reichstages wird, wie die Berliner „Volksztg.“ „aus guter Quelle“ erfährt, in Regierungskreisen mit einiger Bestimmtheit gerechnet, da die Schwenkung des Zentrums in der Marinefrage dazu den Anlaß giebt. „Man nimmt an, daß sich das Zentrum, obgleich es an sich nichts gegen die Höhe der Marineforderungen einzuwenden hat, doch gegen das Septennat erklären werde. Die Regierung will aber in diesem Punkte nicht nachgeben, und so würde die Wahlkampagne nach Auflösung des Reichstages unter der Devise der Flottenvermehrung eröffnet werden. Gegen das letzte Drittel des März hin glaubt man eventuell die Entscheidung fallen zu sehen. Als Auflösungstag würde sich sogar, so sagt man, der 22. März empfehlen, da man alsdann im Wahlkampfe von flottenfreudiger Seite die Manen des verstorbenen Kaisers Wilhelm I. aufrufen zu können meint, denen zu Liebe „erhalten werden müsse, was er geschaffen habe,“ und wie es ähnlich zur Begründung des Panzerseptennats heißen würde!“ Die „Volksztg.“ meint: „Daß man sich davon einen besonderen Effekt verspricht, ist schon glaublich. Daß man sich aber den Effekt täuschen wird, ist gewiß.“

Auch die Gerüchte über eine Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und die Vornahme von Neuwahlen vor den Reichstagswahlen erhalten sich in parlamentarischen Kreisen.

Ein weiteres Symptom für die baldige Vornahme der Reichstagswahlen meldet das „Berliner Tagebl.“. Demselben wird aus Stuttgart geschrieben, daß das dortige Ministerium des Innern an die bürgerlichen Kollegien der Städte des Wahlkreises, in welchem eine Ersatzwahl für den verstorbenen Abg. Frhrn. v. Gültlingen stattzufinden hat, die vertrauliche Anfrage gerichtet habe, ob im Bezirk eine Strömung für die Vornahme einer sofortigen Neuwahl wahrzunehmen sei, oder ob die Wahl mit den allgemeinen Wahlen vorgenommen werden solle, da der neue Abgeordnete kaum noch an den Berathungen des Reichstages theilnehmen könne. Aus der Anfrage geht hervor, daß nach Ansicht der württembergischen Regierung die Reichstagssession sich schwerlich noch über den Monat März hinaus erstrecken wird.

Die Großindustriellen fangen an in der famosen „Sammelpolitik“, die den extremsten agrarischen Forderungen als Vorspann dienen soll, ein Haar zu finden. Der bekannte Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Abg. Bueck, der schon vor einiger Zeit der Sammelpolitik unter der Devise: Erhöhung der Getreidezölle seinen Segen gab, erklärt in einem Artikel der „Deutschen Industrie-Ztg.“, die Verständigungsversuche zwischen Industrie und Landwirthschaft seien gefährdet, nachdem die Agrarier ihre Pläne so unverhüllt haben hervortreten lassen. Bueck begründet dies mit den Reden des Grafen Kanitz und den Beschlüssen des deutschen Landwirthschaftsraths, welche festgelegte Tarife entschieden verwarfen. Ebenso habe Graf Kanitz auf dem Dresdener Parteitag der Konservativen erklärt: „Die Zwangsjacke der Handelsverträge muß „so bald als möglich abgestreift werden“. Auch in der Hauptversammlung des Bundes der Landwirthe am 1. d. M. stellte dessen Direktor Dr. Diedrich Hahn unter dem „Bravo“ der Hörer fest, daß der Bund der Landwirthe jede handelspolitische Bindung durch Verträge auf lange Jahre hinaus auf das Entschiedenste zurückweise. Diese Vorgänge erweisen, daß die agrarischen Führer der Handelsverträge überhaupt und insbesondere Tarifverträge unbedingt verwerfen. Durch diese Stellungnahme werden die Interessen der Industrie durchaus preisgegeben.“

„Wie Abg. Möller im Abgeordnetenhause am 11. Februar hervorhob, steht und fällt die Industrie mit der Aufrechterhaltung unserer Handelspolitik. „Bis dahin hatte die Landwirthschaft nur Widerspruch gegen die künftige Bindung der Getreidezölle erhoben. An anderer Stelle wird darüber zu entscheiden sein, ob es möglich ist, Tarifverträge ohne Bindung der Getreidezölle mit Ländern zu schließen, die Getreide ausführen wollen, um damit ihre Einfuhr an Industrieerzeugnissen zu bezahlen. Der Schwerpunkt der Frage wird auch vollkommen verrückt, wenn er in die Bindung der Getreidezölle gelegt wird, er liegt vielmehr in der Höhe des gebundenen Zolles. Die Industrie (nämlich die wirthschaftspolitischen Freunde des Abg. Bueck) hat aber oft genug erklärt, daß sie nach Ablauf der Verträge eine, den Verhältnissen der Landwirthschaft entsprechende Erhöhung der Getreidezölle unterstützen würde.

Auch die Landwirthschaft habe ein Interesse an fest gebundenen Zöllen, wie die blutigen Brotkrawalle und die Herabsetzung der Getreidezölle in Italien darthun. „Doch Alles das zu erwägen, ist Sache der Regierung und der Landwirthe; hier handelt es sich darum, festzustellen, daß die Führer der Letzteren jede Bindung irgend welcher Tarife, wie die Tarifverträge selbst, unbedingt zurückweisen.“

„Weiter wird von den agrarischen Führern die sofortige Kündigung unserer Meistbegünstigungsverträge verlangt. Auch diese Forderung richtet sich gegen das dringende Interesse der exportirenden Industrien. Es wird seinerzeit beim Ablauf der Verträge zu erwägen sein, ob die Meistbegünstigung künftig nach anderen Grundsätzen als bisher geregelt werden muß. Eine vorzeitige Kündigung der Meistbegünstigungsverträge aber würde unserer Industrie die Möglichkeit des Wettbewerbes in höchst wichtigen Absatzgebieten abschneiden und sie schwer schädigen. Endlich kann der Widerstand der Landwirthschaft und besonders der agrarischen Führer gegen die Erweiterung der Verkehrsmittel durch einen planmäßigen Ausbau von Wasserstraßen nicht unbeachtet bleiben.“

Am Schlusse des Artikels heißt es, die Haltung der agrarischen Führer sei fast ausnahmslos bisher von der Landwirthschaft mit Beifall begrüßt und gebilligt worden. „Die Industrie wird reiflich zu erwägen haben, ob ihre vitalsten Interessen es ihr unter den dargelegten Verhältnissen gestatten, sich der Landwirthschaft anzuschließen, oder dem Rufe nach Sammlung zu folgen, bevor nicht vollkommen unanzweifelbare, sichere Anzeichen dafür vorliegen, daß die Landwirthschaft nicht beabsichtigt, den agrarischen Führern in ihrer gegen die Interessen der Industrie gerichteten Haltung weiter zu folgen.“

Herr Bueck will also vorläufig nun erst noch erwägen, ob ein Zusammengehen mit den Junkern noch möglich. Von da bis zu dem Entschluß, den Kampf gegen die agrarischen Anmaßungen aufzunehmen, ist noch weit. Man hofft bei den Großindustriellen noch, daß die Junker sich zur Maßhaltung werden überreden lassen, damit Schlotjunker und Krautjunker gemeinschaftlich die Steuerzahler scheeren können. Aber es scheint uns kaum denkbar, daß die Plötz und Konsorten zurückgehen, nachdem sie den Massen ihrer Anhänger wahre Wundertaten versprochen haben. Die „Kreuzztg.“ macht den Herrn Bueck schon recht unverblümt darauf aufmerksam, indem sie erklärt:

„Auf „vollkommen unanzweifelbare sichere Anzeichen“, wie er sie verlangt, wird der Abg. Bueck vergeblich warten. Aber auch in den ihm nahestehenden Kreisen dürfte man seinen blinden Eifer als berufsmäßiger Interessenvertreter der Industrie nicht für opportun erachten . . . Auch der Abg. Bueck wird nicht in Zweifel stellen können, daß die Erfolge der nordamerikanischen Handelspolitik auf dem autonomen Tarif und auf der Vertragslosigkeit beruhen, also auf zwei Vorbedingungen, die auch die agrarischen Führer in Deutschland im Interesse der Gesundung der Handelspolitik des Reiches für nothwendig erachten.“

Wenn die Industrie mit der Aufrechterhaltung der Vertragspolitik steht und fällt, die Agrarier aber die Vertragslosigkeit wollen, dann giebt es eine Verständigung zwischen beiden nicht. Mit der „Sammlung“ hat es also vorläufig gute Wege.

Miquels Geist beherrscht die preußische Verwaltung und wirkt auf allen Gebieten, das zeigte sich am 17. Februar im preußischen Herrenhause aus Anlaß einer Anfrage des Herrn v. Woyrsch, was die Regierung gethan habe oder thun wolle, um Unglücksfälle auf dem Bahnhof Brieg zu verhüten, wo vor einem Monat eine Gräfin Pfeil, ihre Tochter und ihr Kutscher schwer verwundet worden sind, weil eine Barrière nicht geschlossen und der Platz schlecht beleuchtet war. Der Eisenbahnminister bedauerte natürlich diesen Unfall, meinte aber, der Widerstand der Stadt Brieg sei schuld, daß die Bahnhofsanlagen, über die man seit Jahren verhandle, bisher nicht verbessert seien. Wenn die Stadt nicht nachgebe, werde er den Bahnhof ganz verlegen. Gegen diese Drohung gegen Städte, die sich den finanziellen Anforderungen der Regierung nicht ohne Weiteres fügen, protestirten eine Reihe von Bürgermeistern. Herr Schmieding theilte mit, daß in Dortmund die Stadt sich auch weigere, einfach die Forderungen des Ministers zu erfüllen. Sehr drastisch schilderte Herr Zweigert, daß, wie er nach Berlin kommt, um über die Essener Bahnhofsverhältnisse zu verhandeln, er nicht den Eisenbahnminister, sondern einen Kommissar des Finanzministers angetroffen habe. Der erklärte ihm kurzweg: „Sie müssen M. 400000 zahlen, sonst bekommen Sie keinen Bahnhof.“ Der Oberbürgermeister hat ihm geantwortet: „Nicht ich fahre die Leute todt, sondern der Minister.“ Sie haben sich dann geeinigt, aber Herr Zweigert meinte, wenn in den Ansprüchen an die Städte so fortgefahren werde, so würden sich noch viele Katastrophen à la Brieg ereignen, und dann habe man die Klagen an den Finanzminister zu richten. Das wollte ein Kommissar des Ministers nicht gelten lassen, aber gleich erhob sich der Oberbürgermeister von Aachen, Herr Veltmann, und bezeugte, daß es ihm ganz ebenso ergangen sei. Es ist das ein Beitrag zum System Miquel und seinem Grundsatz: Die Städte können zahlen.

Hamburg, welches seit Jahrzehnten an einer beispiellosen Bahnhofsmisère leidet, könnte auch ein Lied von preußischer Eisenbahn-Finanzpolitik singen!

Die Polizei und ihre zahlreichen „Mißgriffe“, über die das preußische Abgeordnetenhaus in den letzten Tagen verhandelte, geben dem „Hamburger Corresp.“ Anlaß zu einigen Ausführungen, die darum interessant sind, weil sie in dem Senatorenblatt stehen, welches sonst gegen eine „schneidige“ Polizei nichts einzuwenden hat. Zunächst konstatirt der „Correspondent“, daß sich der Tadel gegen die Polizei in verhältnißmäßig milder Form vollzog und nur der freisinnige Abgeordnete Brömel den scharfen Ton anschlug, „der auch nach dem Urtheil ruhiger Männer und Frauen in dem vorliegenden Falle wohl am Platze sein mochte“.

Weiter heißt es: „Das Resultat war denn auch kaum, wie man es hätte wünschen müssen, sowohl was die sachlichen Zugeständnisse anbelangt, als hinsichtlich der Tonart, die man am Regierungstische für angezeigt erachtete. Hinter gewissen nebensächlichen Einzelheiten der zur Erörterung stehenden Fälle, einigen Uebertreibungen der kritisirenden Presse und dem allgemeinen Begriff der Staatsautorität, die zu den Beschwerdepunkten in gar keinen Beziehungen steht, wurde mehr oder weniger geschickt die Thatsache versteckt, daß es sich hier um eine Reihe von Erscheinungen handelte, die in frappanter Uebereinstimmung auf eine prinzipiell falsche Stellung der Polizei im bürgerlichen Leben schließen lassen und außerdem auf bedenkliche Unregelmäßigkeiten und Willkürlichkeiten in den Funktionen ihres weitverzweigten Apparats.“

Natürlich ist nach dem „Hamb. Corr.“ auch das Publikum, welches eine Aversion gegen die Polizei hat, mitschuldig an dem unerquicklichen Verhältniß. „Aber es unterliegt doch auch keinem Zweifel, daß diese prinzipiell falsche Stellung der Polizei grade in Preußen gleichsam in ein System gebracht geworden ist, und zwar in ein so straffes System, wie es nun einmal in Preußen üblich ist. Und dieses System hat gestern weder der Minister noch sein Geheimrath preisgegeben, obwohl es sich grade in der letzten Zeit und speziell in den zur Diskussion stehenden Fällen gezeigt hatte, daß es zu den schroffsten Zusammenstößen mit der öffentlichen Meinung, dem Rechts- und Anstandsgefühl weiter Volkskreise führt. Frhr. v. d. Recke ist ein Politiker, der auch in seiner sonstigen amtlichen Thätigkeit bisher noch nicht allzu viel Sinn für die Macht und Bedeutung der öffentlichen Meinung gezeigt hat, und es war deshalb vielleicht nicht zu erwarten, daß es grade bei diesem Anlaß geschehen werde. Aber wir können doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß grade der „Kurs“, der vom preußischen Ministerium des Innern gesteuert wird, zu wiederholten Malen außerordentlich nachtheilig auf die politische Stimmung im ganzen Deutschen Reich gewirkt hat. Und in eben diesem Sinne muß es wirken, daß gestern in dem schroffen Ton preußisch-büreaukratischer Unfehlbarkeit Dinge vertheidigt wurden, die nun einmal nicht zu vertheidigen, kaum zu entschuldigen sind. Es ist das unter allen Umständen ein schwerer taktischer Fehler.“

Der „Hamb. Corr.“ zeigt hier wieder einmal einen Mangel, den er auf anderen Gebieten, wie wir schon mehrfach konstatirt haben, bemerken ließ: Die politische Uebersichtigkeit. Er sieht Fehler und Mängel in der Ferne, nicht aber in unmittelbarer Nähe. Gewiß, die Kritik, welche er an den preußischen Polizeiverhältnissen übt, ist berechtigt, mehr als berechtigt. Aber warum in die Ferne schweifen? Warum erhob denn der „Hamb. Corr.“ seine Stimme nicht, als z. B. der Hamburger Polizeiwachtmeister Schmidt in Funktion blieb, trotzdem er unter einer schweren Anklage stand? Der Mann hat schließlich dreizehn Monate Gefängniß wegen schwerer Delikte zudiktirt erhalten, aber die dabei enthüllten „Geheimnisse der Wachtstube“ haben den „Corr.“ durchaus nicht in die Entrüstung versetzt, die ihm jetzt, da von Preußen die Rede ist, so schön steht. Und wie verhielt sich das Senatorenblatt im Februar vorigen Jahres, als die berühmten Polizeiattaken gegen Kinder, Frauen und Greise stattfanden?

Uebrigens hütet sich auch heute der „Corr.“, auf die Quelle der Polizeiübergriffe einzugehen. Das System, wonach die Polizeiorgane sich aus der Kaserne, aus den Militäranwärtern rekrutiren, ist in Hamburg dasselbe wie in Preußen. Hier greife das einflußreiche Blatt ein, wenn es ihm um die Sache Ernst ist!

Der „grobe Unfug“ hat schon wieder in einem neuen Fall herhalten müssen, Arbeiter an einer Vertretung ihrer Interessen zu hindern. An die Arbeiter der „Königin Mariahütte“ in Cainsdorf bei Zwickau i./S. wurden Flugblätter vertheilt, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, die von der Direktion der Hütte ausgelegte Petition zu Gunsten der Marine-Vorlage nicht zu unterzeichnen. Darauf erhielten einige der Flugblattverbreiter folgenden amtshauptmannschaftlichen Strafbefehl, der werth ist, zur allgemeinen Kenntniß gebracht zu werden:

„Laut Gensdarmerie-Anzeige haben Sie am 24. Januar 1898, Abends in der 6. und 7. Stunde, in Cainsdorf vor den drei Portierhäusern der Königin Marienhütte an Arbeiter dieses Werkes Flugblätter mit der Ueberschrift: „An die Arbeiterschaft der Königin Marienhütte in Cainsdorf“ vertheilt, in denen dem Direktorium der Königin Marienhütte vorgeworfen wird, daß es die Arbeiter zur Unterzeichnung einer die Annahme der Marinevorlage bezweckenden Petition zu bewegen versuche und in denen weiter behauptet wird, daß „der Arbeiter“ die Kosten der Marinevorlage aufbringen müsse, wie überhaupt alle Kosten für den Militarismus dem arbeitenden Volke durch indirekte Steuern abgepreßt würden. Da diese Flugblätter, deren Inhalt in keiner Weise der Wahrheit entspricht, geeignet sind, die Arbeiterschaft gegen das Direktorium der Königin Marienhütte wie gegen andere Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise aufzureizen und die Vertheilung zur Zeit des Schichtenwechsels, also zu Zeiten besonderen Menschenandranges und ohne Rücksicht darauf erfolgte, ob dem einzelnen Arbeiter am Empfange des Flugblattes etwas gelegen war, so wird wegen Verübung groben Unfugs auf Grund von Nr. 360,11 des Reichs-Strafgesetzbuches gegen Sie hierdurch eine Geldstrafe von M. 30 festgesetzt, im Falle der Uneinbringlichkeit hat an deren Stelle Haft in der Dauer von 6 Tagen zu treten.

Zwickau, 8. Februar 1898.

Königliche Amtshauptmannschaft
Dr. Schnorr v. Carolsfeld.“

Wenn es richtig wäre, daß der Inhalt des Flugblattes nicht der Wahrheit entspricht, so würde die Amtshauptmannschaft von Zwickau genug Strafgesetzbuchsparagraphen an der Hand haben, um die Uebelthäter zur Strafe zu bringen. Die Amtshauptmannschaft sagt ja selbst, das Flugblatt „reize gegen andere Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise auf“. Warum zieht man den Herausgeber und die Verbreiter nicht wegen dieses schweren, mit hoher Strafe bedrohten Deliktes vor Gericht? Der „Vorwärts“ hat das Flugblatt eingesehen, aber darin weder einen Verstoß gegen den Aufreizungsparagraphen noch sonst irgend etwas Strafbares zu finden vermocht. Und weil nichts Strafbares darin ist, aber die löblichen sächsischen Behörden sich durch das Flugblatt unangenehm berührt fühlen, beziehentlich annehmen, daß irgend Jemand anders sich dadurch unangenehm berührt fühlen könnte, so muß der „Grobe Unfug“, das „Mädchen für Alles“, herbeigezogen werden.

Was noch besonders in's Gewicht fällt, ist, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihr Flugblatt zur Abwehr eines gegen sie gerichteten Angriffes verbreitet haben. Und zwar handelt es sich um einen Angriff von nicht weniger als gentlemanliker Art. Die Direktion der „Königin Marienhütte“ hatte die Petition in ihrem Kontor aufgelegt und ließ „ihre“ Arbeiter zum Zweck des Unterschreibens hereinkommen.

Ob eine solche Pression auf die abhängigen Arbeiter sich nicht hundert Mal eher als „Grober Unfug“ qualifiziren dürfte, als die Abwehr der Arbeiter dagegen?

Freilich, Freunde für die Marinevorlage werden weder durch solche Machenschaften der Kapitalisten noch durch die eifrige „Grobe Unfugs“-Hülfe den sächsischen Verwaltungsbehörden gewonnen werden!

Die ungarische Regierung ist bemüht, die Quelle der Erregung zu verstopfen, und sie hat — der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ den Postdebit entzogen, das heißt, sie hat der ungarischen Post verboten, das Blatt, wenn es in Kreuzband anlangt, den Abnehmern zuzustellen. Anderes besagt der Postdebit nicht, wenn es auch freilich nicht unwahrscheinlich ist, daß die Budapester Polizei, die in letzter Zeit so treffliche Proben ihres Einbrechertalents gegeben hat, das Verbot dahin erweitern wird, daß sie auch die Blätter in Kouverts stehlen wird. Die ungarischen sozialistischen Blätter werden einfach konfiszirt, und damit meint man, den ungarischen Arbeiter von jedem Zusammenhang mit der internation